

Die Strategische Lage zum Jahresbeginn 2026
Dr. Jasper Wieck
Abteilungsleiter Politik
Bundesministerium der Verteidigung
Rede vor der Deutschen Atlantischen Gesellschaft
28. Januar 2026

Herr Präsident, lieber Herr Schmidt!
Sehr verehrte Damen und Herren!

Vielen Dank für die Einladung!

Der Deutsch-Atlantischen Gesellschaft herzlichen Glückwunsch zum 70-jährigen Bestehen!

Es ist schön, so viele bekannte Gesichter heute wiederzusehen – leider heute erstmals ohne den von mir sehr geschätzten und verehrten Klaus Scharioth.

Gleichzeitig sehe ich mit Freude viel junges Publikum. Und ich freue mich bereits jetzt auf unsere Diskussion in der zweiten Hälfte des heutigen Abends.

Das bisherige „Wort des Jahres“ hat vor genau einer Woche beim Weltwirtschaftsforum in Davos der kanadische Premierminister Mark Carney geprägt, und es lautet: „rupture“. Der Bruch, das Zerschneiden – mit diesem Wort beschreibt Carney den neuen Zustand der internationalen Ordnung. In einem atemberaubenden Tempo lösen sich Grundfesten unserer Außen- und Sicherheitspolitik auf.

Ich freue mich, betrachte es aber auch als besondere Herausforderung, im Lichte der „rupture“ heute im dritten Jahr in Folge meine Gedanken zur strategischen Lage zum Jahresbeginn mit Ihnen teilen zu dürfen.

Dabei soll es darum gehen, die Vielzahl der Bedrohungen, Anfechtungen und Brüche zu sortieren und einzuordnen, um die ein oder andere Schlussfolgerung mit Ihnen gemeinsam daraus zu ziehen.

I.

Auch wenn das amerikanische Eingreifen in Venezuela, die Ansprüche Präsident Trumps auf Grönland oder die dramatische Lage im Iran in diesen Wochen unsere Aufmerksamkeit besonders beanspruchen:

Die zentrale Bedrohung für unsere Sicherheit ist und bleibt Russland. Daran hat sich in den

letzten Jahren nichts geändert, ebenso wenig an unserer Einschätzung zur Dimension dieser Bedrohung.

Denn der russische Revisionismus geht weit über die aktuell umkämpften vier Oblaste der Ukraine und auch weit über die Ukraine als Ganzes hinaus. Der russischen Führung geht es nicht um begrenzte Gebietsgewinne, sondern vielmehr um die Wiederherstellung hegemonialer Größe nach dem Vorbild der Sowjetunion. Bereits heute sind viele Länder der NATO - als Staat und als Gesellschaft - Ziel der hybriden Kriegführung Moskaus.

Täuschen wir uns nicht: Moskau wird jede Schwäche des Westens ausnutzen, um seinen Einflussbereich nach Westen zu erweitern. Daran wird auch eine politische Beendigung des Angriffskriegs auf die Ukraine nichts ändern - wenn es diese Beendigung überhaupt in absehbarer Zeit geben wird.

Es hat etwas Tragisches, dass just in diesem Moment größter Bedrohung für Frieden und Freiheit in Europa das Fundament, auf dem wir Sicherheit und Verteidigung in den vergangenen 75 Jahren organisiert haben, ins Wanken geraten ist: die enge transatlantische Partnerschaft. „The last days of atlanticism“ – soweit würde ich nicht gehen, aber so titelte jüngst die Financial Times.

Dass sich der Fokus der USA von Europa Richtung China verschiebt, war und ist keine Überraschung. Der „pivot to Asia“, eingeleitet unter Barack Obama, ist seit 15 Jahren amerikanische Regierungspolitik.

Das rasante wirtschaftliche Wachstum, der dramatische militärische Aufwuchs Chinas in allen Dimensionen, einschließlich des Weltraums, sowie der damit einhergehende Geltungs- und Herrschaftsanspruch Pekings stellt für uns alle eine große Herausforderung dar. Militärisch bindet er vor allem Fähigkeiten und Ressourcen der USA.

Insofern ist es grundsätzlich nachvollziehbar, dass die USA von den Europäern Entlastung in Europa erwarten. Die neue, noch druckfrische Nationale Verteidigungsstrategie der USA schreibt den Europäern „the primary responsibility for Europe’s conventional defense“ zu.

Deshalb sind die Beschlüsse der NATO vom Gipfel in Den Haag im vergangenen Juli so wichtig. Sie markieren einen klaren Aufwuchs in den Beiträgen der Europäer für die europäische Sicherheit - in Höhe von 5 % ihres Bruttoinlandsprodukts! Die USA fordern nichts Geringeres als eine „europäisch geführte NATO“.

Allerdings darf die neue Lastenteilung nicht dazu führen, dass die nüchterne Analyse der Bedrohung darunter leidet. Will sagen: Wenn in der amerikanischen Nationalen Sicherheitsstrategie vom November letzten Jahres die russische Bedrohung auf die regionale Auseinandersetzung zwischen Russland und der Ukraine reduziert wird, kann dies zu falschen Schlussfolgerungen in den Hauptstädten der NATO-Alliierten, aber – noch viel

gefährlicher – zu Missverständnissen in Moskau führen.

Tatsächlich scheint Trump selber seiner eigenen Nationalen Sicherheitsstrategie und der dortigen Engführung der russischen Bedrohung nicht zu trauen. Im Falle Grönlands mussten vermeintliche Übernahmepläne Russlands und Chinas herhalten, um die eigenen Annexionspläne zu rechtfertigen.

In der Nationalen Verteidigungsstrategie ist nun richtigerweise auch von der potentiellen russischen Bedrohung für die USA die Rede - angesichts des russischen Nukleararsenals sowie der Weltraum- und Cyberfähigkeiten. Eine wichtige, zu begrüßende Weiterentwicklung in der strategischen Dokumentenlandschaft unserer amerikanischen Alliierten.

Wie steht es tatsächlich um das russische Bedrohungspotential, vor allem mit Blick auf die Arktis?

Russland ist die stärkste Militärmacht in der Arktis. Die dort stationierten nuklearbewaffneten U-Boote sollen im Ernstfall von der Arktis beziehungsweise dem Atlantik aus Ziele in Europa und Nordamerika ins Visier nehmen. Die konventionellen russischen Seestreitkräfte werden unterdessen versuchen, die transatlantischen Versorgungsrouten abubrechen. Zudem kontrolliert Russland mit seiner hochgerüsteten Nordflotte die Nordostpassage durch die Arktis.

Im Übrigen müssen wir alle davon ausgehen, dass im Falle einer Eskalation zwischen den USA und China - etwa um Taiwan – Moskau China militärisch beistehen wird – nicht umsonst haben die Präsidenten Putin und Xi Anfang 2022 eine „Grenzenlose Freundschaft“ vereinbart.

Insofern sind die amerikanischen Sorgen nicht unbegründet. Nur: Das alles hat die NATO schon seit langem erkannt - nicht umsonst steht die Abkürzung NATO für North Atlantic Treaty Organisation. Der gesamte Nordatlantik bis in die Arktis hinein und unter Einschluss Grönlands gehören zum Verantwortungsbereich des SACEUR - einem US-General!

Die NATO hat entsprechende Verteidigungspläne auch für den Hohen Norden, die mit den militärischen Fähigkeiten der Alliierten befüllt und von den Alliierten - übrigens unter Einschluss Deutschlands - regelmäßig beübt werden.

Schon vor anderthalb Jahren hat Verteidigungsminister Pistorius mit seinem kanadischen und norwegischen Kollegen eine „Maritime Sicherheitspartnerschaft für den Nordatlantik“ gegründet, Dänemark hat sich diesem Kreis im letzten Jahr angeschlossen.

Mit anderen Worten: Die NATO hat Grönland in der Vergangenheit verteidigt, und sie wird es auch in Zukunft tun - dank effektiver Abschreckung. Was übrigens auch erklärt, warum offensichtlich niemand außer Trump etwas von russischen oder chinesischen Übernahmeplänen weiß.

Genauso kritisch müssen wir uns mit Denkschulen in den USA auseinandersetzen, denen zufolge mit Russland ein irgendwie gearteter „Deal“ möglich ist, um dortige Interessen zu akkommodieren. Diese Denkschule hat sich zum Beispiel im ersten Entwurf für eine politische Beilegung des Krieges in der Ukraine, dem so genannten 28 Punkte-Plan, wiedergefunden. Auch in der Nationalen Sicherheitsstrategie heißt es: “managing European relations with Russia will require significant US diplomatic engagement”.

Dazu sage ich ebenso höflich wie unmissverständlich: Nein, danke! Das alles haben wir in den ersten Jahrzehnten nach Ende des Kalten Kriegs bereits versucht: die Gründung der OSZE, die Umwandlung der G7 in G8 unter Einschluss Russlands, die Schaffung des NATO-Russland-Rats - ausreichend Gelegenheiten und Formate für Russland, die europäische Sicherheit auf Augenhöhe mitzugestalten. Wir taten dies in der Hoffnung, den russischen Revisionismus auf der Zeitachse gegenstandslos zu machen.

Und gerade, weil sämtliche Bundesregierungen es seit 1991 versucht haben und weil wir die Erfahrung machen mussten, dass diese Mühen vergeblich waren, steht für uns heute fest: Solange Russland an seinen revisionistischen Zielen festhält, gibt es vor allem eine Sprache, die in Moskau verstanden wird: die der militärischen Abschreckung:

Wir müssen Moskau klarmachen, dass ein russischer Angriff auf das Bündnisgebiet die gesamte Allianz auf den Plan rufen wird und die Kosten dieses Angriffs den Nutzen, den Russland daraus ziehen könnte, um ein weites übersteigt.

Es mag nach Kalter Krieg 2.0. klingen, aber es ist dennoch wahr: eine effektive Abschreckung gegenüber Russland ist Voraussetzung für Sicherheit, Freiheit und Wohlstand in Europa.

Für diese glaubwürdige Abschreckung bleiben die USA – trotz des allenthalben angestimmten Abgesangs auf den Atlantizismus - auf absehbare Zeit unverzichtbar, insbesondere aufgrund des amerikanischen nuklearen Schutzschilds. Deshalb bleibt auch das Nordatlantische Bündnis für uns der unverzichtbare Rahmen der Wahrnehmung unserer Sicherheitsinteressen.

Uns ist es gelungen, diese Logik des felsenfesten Beistands und der kollektiven Abschreckung gegenüber Russland in der Gipfel-Erklärung der NATO in Den Haag im Juni letzten Jahres prominent zu verankern. Und trotz des Stresstests, dem die NATO in diesen Tagen und

Wochen ausgesetzt ist, bekräftigen die USA in der neuen Nationalen Verteidigungsstrategie ihre „unverzichtbaren Rolle“ und ihre „entscheidenden Beiträgen“ für das Bündnis. Das sind sehr wichtige und willkommene Bekenntnisse!

Diese Beistandslogik müssen wir erneut beim Gipfel in Ankara im Juli dieses Jahres prominent bekräftigen. Alles andere würde gefährliche Signale an Moskau senden.

Und ein letztes Wort zur Lagebeschreibung: Wenn wir über unsere strategische Lage zu Beginn des Jahres 2026 nachdenken, müssen wir ebenso nüchtern feststellen, dass das Denken in Einflusssphären kein Alleinstellungsmerkmal unserer strategischen Rivalen, Russland und China, ist. Und wenn wir ehrlich sind: das war es auch schon in der Vergangenheit nicht. Denken wir nur an die Amtszeit George W. Bushs mit der Invasion in den Irak 2003.

Mit der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie bekennen sich die USA seit vielen Jahrzehnten erstmals wieder förmlich und explizit zur Monroe-Doktrin von 1823 - verbunden mit dem Anspruch, die amerikanische Dominanz in der westlichen Hemisphäre - sprich: auf dem gesamten amerikanischen Kontinent – wiederherzustellen. Wie dies konkret aussieht, haben wir zum Jahreswechsel in Venezuela gesehen. Und die Nationale Verteidigungsstrategie lässt keine Zweifel aufkommen: Auch Grönland gehört für Washington zu dieser westlichen Hemisphäre!

Auch wir weinen keine Träne dem Maduro-Regime nach. Nach Assad in Syrien hat Russland binnen Jahresfrist einen weiteren Proxi verloren, und auch in Teheran kann Moskau seiner Sache nicht mehr sicher sein. Auch wir haben kein Interesse daran, dass sich China in die kritische Infrastruktur Lateinamerikas einkauft und damit politische Abhängigkeiten schafft. Auch wir haben kein Interesse an weiteren Beitritten von lateinamerikanischen Staaten zu der von China und Russland antiwestlich ausgerichteten Staatengruppe, den BRICS.

Und dennoch läuft die gewaltsame, völkerrechtswidrige Durchsetzung von Interessenssphären unter Missachtung von staatlicher Souveränität und territorialer Integrität den Prinzipien einer regelbasierten internationalen Ordnung diametral entgegen. Zu groß ist die Gefahr, dass sich damit das Recht des Stärkeren und nicht mehr die Stärke des Rechts international durchsetzt. Dies ist Wasser auf die Mühlen unserer geostrategischen Rivalen.

II.

Soweit die strategische Lage zum Jahresbeginn. Umso dringender stellt sich die Frage, wie wir mit dieser Lage am besten umgehen. Wie wir in dieser um sich greifenden Hemdsärmeligkeit sicherstellen, dass die Interessen unseres Landes – und der Menschen in unserem Land – gewahrt bleiben. Dass wir nicht selber zerrieben, nicht marginalisiert, nicht an die Wand gedrückt werden in einer Welt des great power play.

Ein paar Handlungslinien habe ich schon benannt: der offene und fokussierte Dialog mit den USA über die angemessene Einordnung der von Russland ausgehenden Bedrohung sowie das Festhalten am Nordatlantischen Bündnis als Garant unserer Sicherheit.

Aber wir dürfen dabei nicht stehen bleiben. Wir müssen uns versichern, was uns wirklich wichtig ist, und gleichzeitig den Mut aufbringen, aus eingespielten Denk-Schemata auszubrechen. Wir müssen unsere Sicherheit viel stärker als je zuvor selber denken, selber konzeptionell ausrichten und auch materiell auf eigene Beine stellen.

Dazu folgende Gedanken:

1. Die regelbasierte internationale Ordnung bleibt für uns handlungsleitend

Nicht umsonst kandidieren wir für die Jahre 2027/28 erneut für einen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Der in der Charta der Vereinten Nationen verankerte Respekt von staatlicher Souveränität und territorialer Integrität ist für uns Deutsche – wie für die überwältigenden Mehrzahl der Länder dieser Erde – wesentliches Fundament für ein Leben in Frieden und Freiheit. Als Schutz gegen imperiale Willkür!

Deswegen ist und bleibt die Bundesregierung auch in der Frage Grönlands prinzipienfest und unnachgiebig: Wir stehen in voller Solidarität hinter unseren dänischen Alliierten! Souveränität und territoriale Integrität Dänemarks stehen nicht zur Disposition!

Die Verteidigung der regelbasierten Ordnung geht jedoch weit darüber hinaus: Als große, weltweit vernetzte Handelsnation sind wir angewiesen auf international respektierte Regeln, die Freiheit der Seeschifffahrt und verlässliche Handelsabkommen. Aus gutem Grund setzen wir uns unverändert für internationale Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung ein ebenso wie für internationale Klimaschutzvereinbarungen.

Im Übrigen ist das gesamte Konstrukt der Europäischen Union eine regelbasierte Ordnung zwischen den Mitgliedsstaaten. Sollte sich hier das Recht des Stärkeren durchsetzen, wären wir, als wirtschaftlich stärkster Mitgliedsstaat, schnell nicht mehr von Freunden und Partnern, sondern von Konkurrenten und Gegnern umgeben.

2. Wir müssen stärker in Machtkategorien denken: Europa als Machtpol in einer multipolaren Welt!

Wir müssen erkennen, dass wir es bei Russland, China und den USA mit drei imperial denkenden und handelnden Mächten zu tun haben, die für sich und für die Durchsetzung ihrer Interessen maximale Beinfreiheit fordern - und die mit militärischen, politischen, wirtschaftlichen, hybriden Instrumenten ihre Macht erweitern wollen.

Das bedeutet nicht, dass wir es ihnen gleichtun sollten. Wir könnten es auch gar nicht. Aber es muss für uns klar sein, dass wir - und damit meine ich Deutschland ebenso wie Europa insgesamt - unsere Bekenntnisse zur regelbasierten internationalen Ordnung mit eigenen Machtmitteln unterfüttern müssen: mit politisch-diplomatischem Geschick, mit handelspolitischer Gestaltungskraft, technologischer Stärke, aber auch mit einsatzfähigen, zur Machtprojektion befähigten Streitkräften. Wer mangels Macht im multipolaren Konzert der Mächte nicht mit am Tisch sitzt, landet – das zeigt die Erfahrung – schnell auf der Speisekarte – eine Metapher, die noch vor kurzem anstößig wirkte und mittlerweile – tragisch genug - zum Allgemeinplatz geworden ist.

Wenn ich hier von Europa als Machtpol in einer multipolaren Welt rede, meine ich bewusst mehr als die Europäische Union. Sie ist als gemeinsamer Markt und Handelsblock bereits jetzt ein wichtiger Machtfaktor.

Aber gerade in der Verteidigungspolitik müssen wir größer denken und wichtige Alliierte wie Großbritannien und Norwegen dazuzählen. Mit den Formaten der E3 oder der von Verteidigungsminister Pistorius ins Leben gerufenen Group of Five unter Einschluss Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und Polens tragen wir diesem Umstand Rechnung.

Das aktuelle Ringen um eine politische Beilegung des russischen Angriffskriegs in der Ukraine ist ein prägnantes Lehrstück für die international geltenden Umgangsformen: Die Trump-Administration verfolgte zunächst den Ansatz, diesen Krieg in einem bilateralen Dialog mit Moskau über die Köpfe der Europäer hinweg beizulegen. Wir alle erinnern uns an das Treffen von Trump und Putin in Anchorage im August vergangenen Jahres.

Es ist ein großes Verdienst des Bundeskanzlers und der Bundesregierung insgesamt, diesen Trend umgekehrt und Europa als gewichtige Stimme an den Verhandlungstisch gebracht zu haben - mit eigenen Ideen und politischen Initiativen und verbunden mit unserer Bereitschaft, eine einvernehmliche Beendigung des Krieges mit substanziellen wirtschaftlichen und militärischen Beiträgen zu unterfüttern.

Damit ist nicht garantiert, dass es nicht wieder einen Rückfall in bilaterale amerikanisch-russische Verhandlungen oder gar Abmachungen über unsere Köpfe hinweg geben kann - auch jetzt, wo es den USA in Abu Dhabi gelungen ist, Russen und Ukrainer an einen Tisch zu bekommen. Umso wichtiger ist, unsererseits das Momentum aufrecht zu erhalten.

Ähnliches gilt für den Umgang mit Trumps Ansprüchen auf Grönland. Auch hier gilt: Allein mit lautstarkem, prinzipiellem Pochen auf die regelbasierte internationale Ordnung führen wir keine Meinungsänderung bei Trump herbei!

Viel wichtiger war und ist, dass wir - der NATO-Generalsekretär und wir als Alliierte - den USA glaubhaft vermitteln konnten, dass die Sorgen, die offensichtlich die USA umtreiben – die zunehmende Dominanz Russlands und perspektivisch Chinas in der Arktis – am besten durch jene Organisation zu adressieren ist, die bereits im Kalten Krieg Grönland und unsere Interessen in der Arktis erfolgreich verteidigt hat, nämlich die NATO.

Die in Davos erzielte NATOisierung der Grönland-Frage ist daher ein großer Fortschritt. Sie konnte aber nur gelingen, weil wir in der Lage sind, auch die Hardware zu liefern: U-Boote, Fregatten, Transportflugzeuge, Seefernaufklärer und vieles mehr.

Mit einer durch militärische Fähigkeiten unterfütterten europäischen Selbstbehauptung im Konzert der Mächte schaffen wir im Übrigen die Voraussetzungen auch für das Überleben der NATO insgesamt: Je mehr militärisches Gewicht wir Europäer in die Waagschale bringen, desto attraktiver wird das Bündnis für die USA.

So wird in Washington sorgfältig registriert, dass Deutschland von sich aus im Juni 2023 die Initiative ergriffen hat, eine schwere Brigade - also rund 5000 Soldatinnen und Soldaten mit Kampfpanzern - dauerhaft in Litauen zu stationieren. Und dass wir unsere Zusage, dies bis 2027 zu schaffen, nach Stand der Dinge auch einhalten. Damit Russland versteht, dass ein Angriff auf Litauen automatisch Deutschland und die NATO insgesamt in die kriegerische Auseinandersetzung mithineinzieht. So funktioniert Abschreckung!

Wir müssen unseren amerikanischen Bündnispartnern also zeigen, dass die NATO kein amerikanisches Subventionsprojekt ist, sondern dass die USA selber von einer starken, schlagkräftigen Allianz profitieren. In den Worten des Bundesverteidigungsministers: „Die NATO muss europäischer werden, um transatlantisch zu bleiben“.

3. Wir brauchen einen raschen, europäisch verzahnten Aufwuchs unserer Streitkräfte!

Dank des 2022 beschlossenen Sondervermögens für die Bundeswehr wachsen unsere Streitkräfte bereits heute substantiell auf: die ersten Panzer der neuen Klasse, Leopard 2A8, sind in den Einheiten eingetroffen, die Marine hat die ersten neuen Seefernaufklärer erhalten und als Teil unserer territorialen Flugkörperabwehr hat Arrow 3 seine Anfangsbefähigung erreicht. Dies sind nur ausgewählte Beispiele dafür, dass die militärische

Zeitenwende in der Breite, in allen Teilstreitkräften angekommen ist.

Mit der Bereichsausnahme von der Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben vom Frühjahr 2025 haben wir die notwendigen fiskalischen Spielräume geschaffen, um auch nach Verausgabung des (ersten) Sondervermögens in Höhe von 100 Milliarden Euro (2022) die ambitionierten Fähigkeitsziele der NATO in den nächsten Jahren fristgerecht zu erreichen.

Unsere Rüstungsindustrie hat mittlerweile eine beachtliche Dynamik erreicht - mit zusätzlichen Werken und Standorten für die Herstellung von Munition, Panzern, Luftverteidigungssystemen, seegehenden Einheiten und vielem anderen mehr. Mit dem Bundeswehrplanungs- und Beschaffungsbeschleunigungsgesetz werden wir die adäquate Ausstattung der Bundeswehr weiter beschleunigen und entbürokratisieren.

Mit dem zum 1. Januar in Kraft getretenen Neuen Wehrdienst gehen wir das Personalproblem, insbesondere für die dringend benötigte Reserve, an. Und wir schaffen die gesetzlichen Voraussetzungen, rasch und effizient zusätzliche Infrastruktur für unsere Streitkräfte – also Kasernen, Ausbildung und Übungseinrichtungen - zu bauen.

Gleichzeitig müssen und wollen wir das zusätzliche Geld so effizient wie möglich ausgeben. Das schaffen wir vor allem durch enge Zusammenarbeit mit unseren europäischen Partnern: gemeinsame Entwicklung, Produktion und Beschaffung ermöglichen der Industrie höhere Stückzahlen und damit geringere Stückpreise – Stichwort Skaleneffekte.

Sobald mehrere europäische Streitkräfte mit denselben Systemen ausgestattet sind, können wir auch die Wartung und Instandhaltung, die Ersatzteilversorgung und Logistikketten gemeinsam und damit ebenso kosteneffizienter gestalten.

Diesen kollektiven Ansatz verfolgen wir in Europa im Rahmen unterschiedlicher Initiativen, zum Beispiel der European Sky Shield Initiative zur Beschaffung von Luftverteidigungssystemen oder dem European Long Range Strike Approach zur Entwicklung und Beschaffung von Abstandswaffen.

Gleichzeitig schafft die EU über unterschiedliche Finanzierungsinstrumente und Regelsetzungen wichtige Anreize für kollektive Entwicklungen und Beschaffungen. Was Europa beim Binnenmarkt und beim Euro gelungen ist, muss nun auch bei Sicherheit und

Verteidigung gelingen: unsere Kräfte maximal zu bündeln, um nach außen und nach innen stark zu sein!

4. Wir müssen den engen Schulterschluss mit den neuen Machtzentren dieser Welt suchen

In einer Welt mit mindestens drei imperial ausgerichteten Großmächten werden wir Europäer uns mit unserer normativ und multilateral ausgerichteten Politik nur durchsetzen, wenn wir zu anderen Machtzentren dieser Welt strategisch belastbare, verlässliche Partnerschaften entwickeln und pflegen - allen voran Indien, Brasilien, Japan, Australien, Indonesien sowie Schlüsselstaaten Afrikas.

Unverzichtbares Fundament solcher Partnerschaften ist die enge sicherheitspolitische Zusammenarbeit: Die meisten Länder dieser Erde bewerten die Qualität ihrer Beziehungen zu anderen Ländern vor allem anhand der Frage, inwieweit diese Beziehungen ihren nationalen Sicherheits- und Verteidigungsinteressen dienen.

Deshalb ist es wichtig, zum Beispiel im Rahmen unserer regelmäßigen militärischen Präsenzen im Indo-Pazifik mit den Partnern der Region gemeinsam zu üben und militärisch zu kooperieren.

Gleichzeitig müssen wir gegenüber unseren bewährten Partnern unsere Verlässlichkeit als Rüstungspartner immer wieder aufs Neue beweisen. Da ist in vergangenen Jahrzehnten manches Vertrauen verloren gegangen. Umso wichtiger, dass wir nun dauerhaft Kurs halten, so wie es der Koalitionsvertrag vorsieht.

5. Wir müssen unsere Sicherheit und Verteidigung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstehen.

Unsere Streitkräfte sind in erster Linie dazu da, potentielle äußere Gegner militärisch abzuschrecken und im Falle eines Versagens der Abschreckung unser Land und unsere Alliierten gegenüber einem militärischen Angriff zu verteidigen - Landes- und Bündnisverteidigung!

Russland greift uns jedoch bereits heute mit verdeckten Mitteln an: Sabotage, Spionage, Einschüchterung, Desinformation, Cyberangriffe sowie die gezielte Instrumentalisierung politischer Gruppierungen. Sollte es zu einer militärischen Eskalation kommen, müssen wir damit rechnen, dass diese hybride Kriegsführung noch eine ganz andere Dimension, eine ganz andere Intensität erreichen kann: Black-Outs, Trinkwasserverseuchung, Waldbrände -

und alles möglicherweise kumuliert. Wie sich Stromausfall im Winter anfühlt, haben manche von uns Berlinern Anfang des Jahres erleben müssen.

Ferner müssen wir davon ausgehen, dass im Falle eines Angriffs Russlands auf das Bündnisgebiet und der Ausrufung von Art. 5, also des NATO-Beistands, sich erhebliche Truppenkörper durch Deutschland bewegen beziehungsweise umgekehrt in deutschen Krankenhäusern eine hohe Zahl von Verwundeten aus den Kriegsgebieten zu versorgen sein wird. Von den europäischen Binnenflüchtlings ganz zu schweigen.

All das sind Szenarien, mit denen wir uns nur ungern auseinandersetzen, weil sie für uns potenziell mit hohen persönlichen Opfern verbunden sein werden. Allerdings gehört zu einer glaubwürdigen Abschreckung, dass wir genau für diesen Fall vorbereitet sind, dass die Warn- und Kommunikationssysteme funktionieren, dass die Notfallpläne beübt werden, dass jeder weiß, welche Rolle er zu spielen hat, auch in der Nachbarschaftshilfe, und dass die kritische Infrastruktur gehärtet ist.

Die vielen Menschen in unserem Land, die sich bereits heute in Ehrenamt und Freiwilligendiensten für das Gemeinwohl einsetzen und einbringen, sind beredte Beispiele, an denen wir uns in Fragen der gesellschaftlichen Resilienz orientieren können.

Nach meinem Empfinden - und das sage ich auch im Lichte der Wehrdienstdebatte der vergangenen Monate - werden wir die harten Proben, denen wir jetzt und vermutlich zunehmend in den kommenden Jahren ausgesetzt sein werden, ohne ein gewisses Maß an gesundem, unaufgeregtem, tolerantem Patriotismus nur schwerlich bestehen können.

Die Identifizierung mit dem eigenen Land, die für unsere europäischen Partner eine Selbstverständlichkeit ist, sollte auch uns, achtzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, gelingen, und zwar nicht nur im Fußball.

Wir haben gute Gründe, an unser Land als die beste Organisationsform auf diesem Fleck der Erde zu glauben - unsere Kultur, unsere krisenbewährten demokratischen Institutionen, unsere soziale Durchlässigkeit, unsere wirtschaftlich-technologische Stärke, unser weltweites humanitäres Verantwortungsbewusstsein und vieles mehr.

Ohne emotionales Verhältnis zu unserem Land laufen wir Gefahr, dass wir im Ernstfall nicht den notwendigen kollektiven Überlebenswillen aufbringen, dass wir nicht wissen, warum wir für unser Land kämpfen sollen und dass wir damit dem Gegner das Geschäft der Spaltung, der Zersetzung und Zermürbung erleichtern werden.

Das Beispiel unserer europäischen Partner zeigt: Man kann gleichzeitig Patriot und guter Europäer sein! Patriotismus heißt nicht kleines nationales Karo. Gerade wir Deutschen wissen, dass unseren Interessen am besten gedient ist, wenn es auch unseren Nachbarn gut geht und die europäischen Institutionen funktionieren.

Und neben einer nationalen Identität hat auch eine europäische Identität durchaus Platz in ein und demselben Menschen – wie übrigens auch die lokale und regionale Identität.

Man kann über unser Land vieles sagen, und unsere Geschichte ist bis heute eine schwere Hypothek, die wir nie abtragen werden. Aber es muss uns allen grauen vor der Vorstellung, sich eines Tages wie einst die Staaten Ostmitteleuropas als Vasallen der Willkür einer oder gar mehrerer äußerer Mächte zu beugen und damit die Interessen der Menschen in unserem Land zu verraten.

Ein gesundes Gefühl der Zusammengehörigkeit, verbunden mit der Bereitschaft, für das Gemeinwohl einzustehen und auch materiell eintreten zu können, sollte uns - und ich bin mir sicher: wird uns – gerade in Zeiten von Brüchen, in Zeiten von „rupture“, vor einem solchen Schicksal bewahren!